

Vor 40 Jahren brach der Zweite Weltkrieg aus...

„Nie wieder Krieg!“ — das ist heute, 40 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, das Motto.

„Nie wieder Krieg!“ — das war auch der Ruf nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg.

Haben wir heute schon bessere Voraussetzungen als damals, um einen Dritten Weltkrieg zu verhindern?

Der DGB und die SPD haben anlässlich der 40jährigen Wiederkehr des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg ausbrach, die „Arbeitnehmer und Bürger“ zum Gedenken an die Opfer des Faschismus und Krieges aufgerufen. Das kann nur begrüßt werden, denn wiederum breitet sich in der kapitalistischen Welt — und die BRD wird davon miterfaßt werden — eine Wirtschaftskrise mit all ihren Folgen für die arbeitende Bevölkerung aus. Die Nominierung von Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU fördert unter vielen Arbeitern und Angestellten das Gefühl einer aufkommenden Gefahr.

Doch: genügen Willenserklärungen und Demonstrationen — in diesem Jahr mit besonders großem Aufwand — um einen neuen Krieg zu verhindern? Hätten dann nicht die Antikriegsbewegungen vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg viel eher eine solche Wirkung haben müssen?

Was war damals...?

1918: Die halbe Abrechnung mit den Schuldigen des 1. Weltkriegs...

Dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges stand immerhin schon eine deutsche Arbeiterklasse gegenüber, die auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet den Klassenkampf führte — an erster Stelle in der Welt. Und doch war sie nicht vorbereitet, den Krieg mit Massenstreik und dem Sturz der herrschenden Klasse zu beantworten. 1918 war es nur eine Minderheit der deutschen Arbeiter, die unwiderruflich — revolutionär — mit dem kapitalistischen System abrechnen wollte, das diesen Krieg mit seinen Massenmorden und Hungersnöten hervorgebracht hatte. Ihr wurden von Noskes¹ Truppen im Namen der Republik die Köpfe abgeschlagen. Eine Mehrheit der deutschen Arbeiter glaubte den Versprechungen der Ebert und Scheidemann von der SPD, daß die Ablösung des Kaisers und die Errichtung der Weimarer Republik genüge, um der Kriegsgefahr ein Ende zu bereiten. Auch diese Mehrheit wollte den „Sozialismus“, aber sie hoffte, ihn „leichter“ — mit dem Stimmzettel — zu erreichen.

...läßt den Weg frei zur Vorbereitung des 2. Weltkriegs

So wurde 1918 die Herrschaft der Unternehmer gerettet. Die herrschende Klasse baute bald ein Zugeständnis nach dem anderen ab, das sie gegenüber der „revolutionären Gefahr“ hatte machen müssen. Damit verloren auch ihre Retter von 1918 — ADGB und SPD — immer mehr an Bedeutung für die herrschende Klasse.

In der Überproduktionskrise Anfang der 30er Jahre drohte die kapitalistische Welt an ihrem eigenen Überfluß, an Kapital und Waren, zu ersticken. Allein in Deutschland konnten bis zu 6 Millionen Arbeitslose nicht mehr profitbringend beschäftigt werden. Die Wirtschaftskrise und die wachsende Verelendung der Massen zersetzten die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik. Die Arbeiterklasse war daher nicht bereit, diese parlamentarische Demokratie zu verteidigen, die für die herrschende Klasse zur Lösung der Krise nicht mehr zu gebrauchen war.

SPD und ADGB waren der herrschenden Klasse bei der Krisenbewältigung hilfreich zur Seite getreten: ihre Zustimmung zu Steuer- und Abgabenerhöhungen, Lohnkürzungen usw., ihre Behinderung des Kampfes gegen diese Maßnahmen und deren Ursachen — all diese Hilfsdienste für das Überleben der kranken kapitalistischen Ordnung — ließen ihr Ansehen

„Die Gewerkschaften haben im Weltkrieg Anschluß an die Volksgemeinschaft gefunden. Im Umsturz wurden sie zur maßgebenden und reitenden Macht des Staates und der Wirtschaft.“ Unternehmervertreter Dr. Potthoff in einer Rückschau 1930



Am 2. Mai besetzten SA-Truppen die Gebäude des ADGB.

bei den werktätigen Massen zerbrechen. Damit bereiteten sie selbst den Boden, auf dem die nationalsozialistische Propaganda gedeihen konnte: die „Sozis“ seien schuld an dem Elend und dem Chaos, das von der kapitalistischen Wirtschaftsordnung produziert wurde.

Die Sozialdemokraten ihrerseits machten die Kommunisten verantwortlich für den Untergang des Weimarer Systems. Die revolutionären Arbeiter blieben gegen diese Entwicklung ohnmächtig, obwohl ihre Zahl anwuchs. Dazu trug entscheidend die verheerende RGO- und Sozialfaschismuspolitik der KPD bei, mit der das Gegenteil ihres propagierten Zieles erreicht wurde: sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter fanden im Tageskampf in den Betrieben und darüber hinaus keinen gemeinsamen praktischen Weg mehr. Die Warnungen der Kommunistischen Opposition (KPD-O) und ihre Vorschläge zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf fanden wenig Aufnahmebereitschaft.

Das deutsche Monopolkapital überließ schließlich Hitler die Regierung, damit er in Deutschland für unabsehbare Zeit (=1000 Jahre=) aufräumen sollte. Denn die Wirtschaftskrise hatte das deutsche Kapital besonders getroffen, das infolge der Auflagen des Versailler Vertrages geschwächt war. Die Produktion ging 1932 auf ca. 60 % gegenüber 1929 zurück. Die Möglichkeit, die Lebensfähigkeit des deutschen Imperialismus zu erhalten, sahen die Kapitalisten nur noch im Bunde mit dem Faschismus. Damit fanden sie Sympathie und Unterstützung bei den herrschenden Klassen der westeuropäischen Demokratien, die im Nationalsozialismus den Retter vor dem Kommunismus sahen. Dieser erfüllte die reaktionäre geschichtliche Aufgabe innen- wie außenpolitisch, die Fesseln für das Kapital zu liquidieren.

Der Faschismus zerstörte die Organisationen der Arbeiterbewegung und beraubte dann die Werktätigen ihrer sozialen und tariflichen Rechte. „Tod dem Marxismus, Tod dem Klassenkampf“, statt dessen „Volksgemeinschaft“ hieß die Parole. Nach außen bereitete der Faschismus den Krieg vor und brach das Diktat des Versailler Vertrages („Nieder mit Versailles“).

Die Opfer, die Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg den deutschen Arbeitern abverlangten, waren am Ende viele Male größer, als die, die nötig gewesen wären, um 1918 die Revolution zum Sieg zu führen.

Die Entwicklung zum Kriegsausbruch vor 40 Jahren führte über die kampflose Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 vor den Nazis. Die Arbeiterbewegung war gelähmt, weil sie in der kapitalistischen Krise nicht den revolutionären Ausweg gefunden hatte. Bei aller heute gezeigten Entrüstung über die Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die SA am 2. Mai 1933 darf die unmittelbare Vorgeschichte nicht vergessen werden: der Aufruf des ADGB vom 19. April 1933 zur Pflichtteilnahme am „Feiertag der nationalen Arbeit“, wie der 1. Mai von den Nationalsozialisten durchgeführt wurde. Dieser erniedrigende Kotau war für die Nazis das endgültige Zeichen, daß ihrer Absicht — Zerschlagung der Gewerkschaftsorganisationen — kein Widerstand entgegengesetzt wurde.

¹ Noske war Mitglied der SPD und organisierte als Volksbeauftragter 1918/19 die Freikorps zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiter. Unter den Nazis erhielt er Pension.

Die SPD als Bollwerk gegen Kommunismus und Faschismus

Dank Otto Braun und dank namentlich Karl Severing ist es geschehen, daß die Wellen sowohl des Bolschewismus als des Faschismus sich an Preußen gebrochen haben. Das war eine welthistorische Leistung. Die Geschichte wird einst erzählen, was dieser kleine Metallarbeiter aus Bielefeld für Mitteleuropa, ja für ganz Europa geleistet hat. Das muß einmal gesagt werden, weil es im Interesse der Sozialdemokratie, im Interesse des Proletariats notwendig ist, der dummen Legende entgegenzutreten, als hätten wir keine Führer, als hätten wir keine Männer... Preußen ist eine stolze Feste im Lager der Republik und unsere Aufgabe kann es nur sein, es zu einer stolzen Feste im Lager des Sozialismus zu machen.

Rudolf Hilferding auf dem SPD-Parteitag in Kiel 1927

Kautsky (SPD) 1929:

Faschismus ist in Deutschland nicht möglich

Sollen die Faschisten eine politische Wirkung ausüben, müssen sie in großer Zahl auftreten – in Italien mit 39 Millionen Einwohnern – etwa eine halbe Million. In Deutschland müßten sie, um diese Verhältnisse zu erreichen, fast eine Million stark sein. In einem industriellen Lande ist eine so große Zahl von Lumpen in den besten Mannesjahren für kapitalistische Zwecke nicht aufzutreiben.

Karl Kautsky. Die materialistische Geschichtsauffassung, 1929

ADGB 1931:

Demontage der Demokratie als Rettungsanker

Vor allem aber dient die Duldung der stillen Diktatur Brünings der Abwehr gegen das Umschlagen in die offene Diktatur, geschieht die Minderung der Rechte des Parlaments zum Schutze des Parlamentarismus.

Gewerkschaftszeitung, 1931, Seite 3

Tarnow (ADGB)

hält KPD die Spaltung der Arbeiterklasse vor

Solange die RGO überhaupt noch existiert, müssen wir in den Einheitswillen der Kommunisten starke Zweifel setzen. (Sehr wahr!) Will die RGO eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung? Das Verbrechen ist noch viel größer, denn sie ist ja nur aufgezogen als ein bewußtes Mittel zur Demoralisierung und Zermürbung, zur Zerstörung der Gewerkschaften überhaupt.

Fritz Tarnow auf dem Gewerkschaftskongreß 1932

Wie billig war es dann für die SPD- und ADGB-Führer in der Emigration, die Sowjetunion anzuklagen, daß sie den Hitler-Stalin-Pakt abschloß. Für die Sowjetunion ging es um Zeitgewinn und Ausnutzung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Ländern. Mit wem hätte die SU gegen die Nazis paktieren sollen, nachdem die »demokratischen« Westmächte die deutschen Imperialisten mit der Preisgabe der Tschechoslowakei (im Münchner Abkommen) den Weg nach Osten — und das heißt auf die SU — geebnet hatten? Bis heute will die sozialdemokratische Führung ihren Anteil an dieser Entwicklung verschleiern, der darin besteht, daß sie dem deutschen Imperialismus 1918 zu neuem Leben verhalf.

Das Bestehen und die Ausdehnung des sozialistischen Lagers am Ende des Zweiten Weltkrieges machten es für die westlichen Alliierten notwendig, den ehemaligen Konkurrenten als Bollwerk gegen den Sozialismus aufzubauen. Die Idee des Morgenthau-Planes (Deutschland zu einem Agrarland zu degradieren) konnte nicht verwirklicht werden. Seine Durchführung hätte Millionen deutscher Arbeiter nur die Wahl gelassen, zu verhungern oder für eine neue, d.h. sozialistische Gesellschaftsordnung zu kämpfen.

Nach den furchtbaren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieg-

Literatur zum Thema:

Der Faschismus in Deutschland, Analysen der KPD-O aus den Jahren 1928—33, DM 12,-

August Thalheimer: Grundlinien und Grundbegriffe der Welt-politik nach dem 2. Weltkrieg, DM 1,50

August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse, eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg, DM 1,50

Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Eiflein, DM 11,50

Die Texte sind über die Impressum-Anschrift zu beziehen.

Die herrschende Klasse bereitete sich vor –

Der Feiertag der Arbeit...

... Die junge Generation der deutschen Arbeiterbewegung hat in dem Klassenkampf niemals einen Interessentenkampf gesehen, sondern immer einen Kampf für die Gestaltung der Deutschen Nation. Der 1. Mai 1933 beweist uns, daß dieser opferreiche Kampf nicht vergebens war. ... Wir brauchen wahrhaftig nicht »umzufallen«, um zu bekennen, daß der Sieg des Nationalsozialismus... auch unser Sieg ist, insofern die sozialistische Aufgabe heute der ganzen Nation gestellt ist... Die Arbeiterschaft... hofft, daß der 1. Mai die Nation einig findet in dem Bekenntnis zu diesem deutschen Sozialismus und daß diesem Bekenntnis die sozialistische Tat folgt.»

»Gewerkschaftszeitung« des ADGB vom 29.4.1933 von W. Pahl

Die national-»sozialistische Tat« erfolgte 3 Tage später mit der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften.

Pahl war übrigens nach dem Krieg bis 1952 Chefredakteur der »Gewerkschaftlichen Monatshefte« des DGB

Ernst Thälmann über die SPD

Es muß die intensivste Agitation darüber einsetzen, daß diese sozialfaschistische Diktatur nur eine Diktatur der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse zum Zwecke der schärfsten wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der werktätigen Massen sein wird. Wels und die Sozialdemokratie werden unter der sozialfaschistischen Diktatur die Interessen der Bourgeoisie ebenso vertreten wie in der bürgerlichen Demokratie, die nichts anderes ist als die verschleierte Diktatur der Bourgeoisie. Der Unterschied wird nur der sein, daß sie es mit viel brutaleren Mitteln des faschistischen Henkerregimes machen werden, was aber den Arbeitern die Augen öffnen und sie dazu treiben wird, unter Führung der Kommunistischen Partei die sozialfaschistische Diktatur zu stürzen und ihre eigene proletarische Diktatur, das heißt die wirkliche proletarische Demokratie zu errichten...

(aus seiner Rede auf dem Weddingener Parteitag der KPD vom 10. Juni 1929)

ges, der Besetzung Deutschlands, der Erschöpfung der Massen durch Krieg und Besatzungspolitik in West und Ost, hatte die deutsche Arbeiterklasse nicht die Möglichkeit, sich zu einer selbständigen politischen Kraft zu entwickeln, die anstelle der geschlagenen herrschenden Klasse die politische Macht hätte übernehmen können. Die Besatzungspolitik führte dazu, daß die beiden Teile Deutschlands den jeweiligen Gesellschaftssystemen der Besatzungsmächte angepaßt und **eine eigenständige Befreiung durch die deutsche Arbeiterklasse selbst verhindert** wurde.

So wurde im Westen die fällige Abrechnung der deutschen Arbeiter mit ihrer herrschenden Klasse wieder einmal verhindert — an ihre Stelle traten »Entnazifizierung« und »Demokratisierung« durch die Besatzungsmächte. Wieder standen SPD und Gewerkschaftsführung im Westen an der Seite der nun »entnazifizierten« und »demokratisch« geläuterten herrschenden Klasse und ermöglichten deren enormen Wiederaufstieg, vor dessen Folgen wir heute stehen.

Das Dilemma der Siegerherren

»Die imperialistischen Sieger standen und stehen noch vor folgendem Dilemma: entweder einen lebensfähigen bürgerlichen Staat in Deutschland wieder zu errichten, das bedeutet jedoch unbedingt die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus und Imperialismus, oder auf einen lebensunfähigen bürgerlichen Staat abzielen, das bedeutet jedoch, daß man für das deutsche Volk keinen anderen Ausweg offen läßt, als die sozialistische Revolution.« A.Thalheimer, September 1945

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

wie reagierten die Arbeiterparteien? Dokumente.

KPD 1930: Faschismus ist überwunden

Der 14. September war der Höhepunkt der nationalsozialistischen Bewegung, was nachher kommt, kann nur Niedergang und Abstieg sein. ROTE FAHNE, 16. IX. 1930

KPD-0 1930: Gefahr des Faschismus wächst

Wenn aber (...) die Führung der KPD sich (...) der sonst so verpönten »Spontanitätstheorie« hingibt (daß nämlich die faschistische Welle »von selber« zurückfluten werde), so werden die Tatsachen selbst binnen kurzem diesen gedankenlosen und betrügerischen Optimismus Lügen strafen, gerade weil dieser selbstbetriebene Optimismus das Hindernis dafür bildet, daß der Faschismus durch die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse unter kommunistischer Führung zurückgeschlagen wird.

Auch ist es ein falscher und fauler Trost, daß die Massen, die jetzt der Faschismus aufgewühlt hat, keine bewußten Anhänger und Kämpfer für die faschistische Diktatur sind. Das ist auch gar nicht nötig für den Sieg der faschistischen Diktatur. Der Weg des Faschismus wie überhaupt der Konterrevolution zur Macht ist ein anderer, ja entgegengesetzter, wie der der proletarischen Revolution. Wenn es im Programm des Spartakusbundes richtig heißt, daß die Kommunistische Partei nur die Macht ergreifen wird, gestützt auf die bewußte Zustimmung der Mehrheit der Arbeiterklasse, so ist es umgekehrt beim Faschismus. Sein Weg zur Macht setzt nicht die Bewußtheit der großen Massen voraus, sondern gerade ihre Unbewußtheit, die Trübung und Verwirrung ihres Klassenbewußtseins, nicht ihre Aktivität, sondern ihre Passivität. Gestützt auf diese Passivität und Verwirrung der Massen, auf Grund ihres Gewährlassens, kann eine aktive und bewußte konterrevolutionäre Minderheit zur Macht gelangen, und sie ist nie anders zur Macht gelangt.

Gegen den Strom, 20. IX. 1930

KPD: Sozialfaschismus als Todfeind

Kommunist sein, heißt Todfeind des Sozialfaschismus sein, niemals vor dem Sozialfaschismus zu kapitulieren, sondern mit allen Kräften für die Befreiung der Arbeitermassen von sozialfaschistischem Einfluß und gegen die kapitalistische Herrschaft zu kämpfen. Nur wer diese Politik im Betrieb durchführt, hat Platz in den Reihen unserer Partei.

ZK der KPD 1930

KPD-0: Was ist Einheitsfront, was ist Sozialfaschismus?

Ein zweites Hauptstück des ultralinken Kurses war die Aufgabe der Taktik der Einheitsfront, d.h., des Versuches, mit den reformistischen Organisationen gemeinsame Tageskämpfe auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu führen. Das Wort Einheitsfront wurde beibehalten, die Sache selbst wurde aufgegeben. Damit gab die Partei das entscheidende taktische Mittel aus der Hand,

1. um zusammen mit reformistisch organisierten Arbeitern wirkliche Massenkämpfe zu führen,
2. um diese Arbeiter auf Grund der eigenen Kampferfahrungen vom Reformismus loszulösen.

Geraume Zeit wurde von den offiziellen Parteinstanzen selbst die Aufstellung von Tageslosungen und die Organisation des Kampfes für sie als »Opportunismus« verpönt. Zur »Begründung« sowohl der ultralinken Gewerkschaftspolitik wie der Aufgabe der Taktik der Einheitsfront wurde die Theorie vom »Sozialfaschismus« erfunden, die »Theorie« nämlich, daß die Sozialdemokratie ein Bestandteil des Faschismus sei — sein »linker Flügel«. Es blieb nicht nur bei dieser »Theorie«, sie wurde Leitfaden der Massenagitation und der Massenpropaganda. Sie verschärfte die verheerenden Folgen der falschen Gewerkschaftspolitik und der Aufgabe der Taktik der Einheitsfront. Die reformistischen Arbeiter, die als eine besondere Art von Faschisten angesprochen wurden oder deren Führer als eine besondere Art von Faschisten bezeichnet wurden, verschlossen der kommunistischen Einwirkung das Ohr.

August Thalheimer, 1932

... und wie sieht's heute aus?

Die heute heraufziehende Überproduktionskrise...

Es kommen wirtschaftlich schwere Zeiten auf die deutschen Arbeiter und Angestellten zu. Wirtschafts-»Wachstum« ist für sie kaum noch zu spüren. Die herrschende Klasse und die deutschen Unternehmer werden alle Anstrengungen machen müssen, die Lasten der sich ausbreitenden Weltwirtschaftskrise auf verschiedenen Wegen auf sie abzuwälzen.

Diese Krise hat ihre Ursache keineswegs im Mangel, sondern umgekehrt im Überfluß an Gebrauchsgütern. Die Produktion kann nicht mehr gewinnbringend abgesetzt werden auf dem Weltmarkt. Die Stilllegung von Betrieben und Produktionsmitteln, Entlassung von Arbeitskräften (bei steigender Arbeitshetze für die verbleibenden Kollegen), in allen kapitalistischen Industrieländern ist die Folge, obgleich der Bedarf in der Welt an Industrieprodukten und Nahrungsmitteln noch nie so groß war wie gerade jetzt.

Um ihren Profit zu sichern, exportieren Banken und Konzerne Kapital in Billiglohnländer, um auf dem kapitalistischen Weltmarkt im Wettlauf der Konkurrenten zu gewinnen. Oder sie führen neue technische Methoden (Computer) ein, die weitgehend die menschliche Arbeitskraft ersetzen, um Lohnkosten zu sparen. Deswegen lehnen die Unternehmer die Verkürzung der Arbeitszeit ab. Alles dient der Verbesserung ihrer Wettbewerbsmöglichkeiten.

Die Regierungen in Bund und Ländern versuchen, Firmen und Produktionszweige, die in Absatzschwierigkeiten geraten, mit Subventionen funktionsfähig zu machen, die kapitalistische Anarchie wird nachträglich korrigiert. Sie geben Milliarden für Wissenschaft und Technik aus, um den allgemeinen Produktivitätsstand der nationalen Unternehmen voranzutreiben. Dabei verschulden die Staatshaushalte. Mit diesen Maßnahmen stellen sie nur zeitweilig das Gleichgewicht wieder her.

... schafft neue Kriegsgefahr — zunächst im Nahen Osten

Und wenn Subventionen nicht mehr helfen, vielleicht helfen Kanonen: »Die USA sind mit allen Mitteln bereit, ihre Interessen wahrzunehmen, einschließlich der militärischen«, verkündete der amerikanische Verteidigungsminister im April, auf dem bisherigen Höhepunkt der Energiekrise. Schon üben US-Fallschirmjäger die Eroberung von Ölfeldern. Noch gilt dies hierzulande als »unrealistisch« (Schmidt), doch sind Unternehmerzeitungen und Politiker wie Todehöfer bemüht, durch »Kritik« an den Ölstaaten die Hemmungen bei der Bevölkerung abzubauen. Man braucht kein Hellseher zu sein, um vorauszusagen, daß ein neuer Kriseneinbruch den Kampf um Märkte und Rohstoffe explosiv zuspitzen muß.

Hinderten faschistischer Terror und Zweiter Weltkrieg die Arbeiter daran, sich auf neuer Grundlage politisch zu sammeln, so war dies auch unter den Bedingungen des Wirtschaftswunders mit den Möglichkeiten kleinbürgerlicher, individueller Entfaltung unmöglich. Wenn aber der Wille und die Kraft der Arbeiterklasse heute noch fehlen, um die Wurzel des Übels, die kapitalistische Profitordnung zu beseitigen, was kann dann ein Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus an unserer Zukunft ändern?

Wie der DGB zu fordern, daß die Rüstungshaushalte nicht erhöht werden, »Verzicht auf neue Rüstungsprojekte« und ähnliche nichtssagende und zu nichts verpflichtende Floskeln, bleibt ohne Wirkung. Damit wird den Arbeitern nur »progressive« Gesinnung und Tätigkeit vorgegaukelt, damit sie keinen Anlaß sehen, selbst politisch tätig zu werden. Die DGB-Führung weiß ebenso gut wie wir, daß ihre Forderungen ohne den Kampf zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gar nicht verwirklicht werden können, weil sonst die Wirtschaftskrise sich noch schneller ausbreiten und noch schärfer bemerkbar machen würde.

Die Gewerkschaftsführungen haben sich selbst mehr als einmal um Rüstungsaufträge bei den Regierungen bemüht für

... wie kann ein dritter Krieg verhindert werden?

Feiertagsreden sind noch kein Kampf gegen Krieg

Betriebe, die von Stilllegungen oder anderen Einschränkungen bedroht waren. Auch die Kollegen in den Rüstungsbetrieben sind keine Anhänger eines Krieges oder gar eines Dritten Weltkrieges, aber sie sind Arbeiter, die wie wir alle im kapitalistischen System leben, in dem sie gezwungen sind — damit sie ihre Familie ernähren können — Vernichtungswaffen herzustellen.

Die Führung des DGB ebenso wie die der offiziellen Arbeiterparteien sehen, daß sich vor allem unter der jungen Generation — wenn auch noch unbewußt und unartikuliert, wie z.B. unter den Soldaten der Bundeswehr — Unzufriedenheit ausbreitet über diese Gesellschaftsordnung, die ihnen keine solide Lebensgrundlage mehr bieten kann. Auch die Alternativbewegungen sind im Grunde Abwendung von einer Gesellschaftsordnung, die sie als faul und korrupt erkennen.

Die Antwort von rechts auf die Krise heißt »Strauß«

Die Kanzlerkandidatur von Strauß zeigt, in welche Richtung sich die Gesellschaft entwickelt: Im bürgerlichen Lager bilden sich Kräfte, die sehen, daß mit der bisherigen Sozialpartnerschaft die kommenden Auseinandersetzungen nicht zu lösen sind. Viele Leute verbinden mit der Kanzlerkandidatur Strauß' zur Bundestagswahl die Vorstellung, daß er Repräsentant einer neuen faschistischen Periode sein würde. Soweit sind wir noch nicht. Noch genügen den Herrschenden Polizei und Justiz und deren heutige Methoden, um unzufriedene »Elemente« niederzuhalten. Diese sind ebenso Resultat der Krise, wie die mit der Sozialpartnerschaft einverständenen deutschen Arbeiter Resultat der Hochkonjunktur waren. Deshalb haben wir auch noch die Möglichkeit, eine neue barbarische Periode zu verhindern. Gerade deshalb aber ist es um so notwendiger, sich zum politischen Kampf zu vereinigen gegen diejenigen, die auf Kosten der werktätigen Bevölkerung politisch und wirtschaftlich die Krise lösen wollen.

In Nordrhein-Westfalen findet am 1. September gleichzeitig mit der Veranstaltung des DGB in der Westfalenhalle (Dortmund) eine von der DKP organisierte Demonstration in Bonn statt. Um Konflikte und eine Spaltung zu verhindern, wäre es sinnvoll gewesen, wenn die DKP ihre Anhänger ebenfalls nach Dortmund gerufen hätte, um dort gemeinsam eine Demonstration zu organisieren.

An ihren Taten sollt ihr sie erkennen — die DGB-Führung tritt zum Kampf an...

DGB-Vorstand untersagt Broschüre zum „Antikriegstag“

Inoffizielle Begründung: Darstellungen zu links

FRANKFURT A. M., 24. August. Der Geschäftsführende Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hat der Abteilung Jugend untersagt, eine Broschüre zum »Antikriegstag 79« zu drucken und in hoher Auflage auf den bundesweit geplanten DGB-Kundgebungen am 1. September zu verteilen. Nach einer offiziellen Begründung des DGB in Düsseldorf wurden die für die Broschüre vorgesehenen Texte nicht genehmigt, um dem Historiker-Kongress des DGB im Oktober dieses Jahres nicht vorzugreifen. Wie zuverlässig zu erfahren war, wurde jedoch auf der entscheidenden Sitzung des DGB-Vorstandes vor allem Kritik an der Zusammenfassung der Autorenschaft geübt. Sie sei zu einseitig links. Auf Ablehnung ist dem Vernehmen nach auch die Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte seit 1945 gestoßen. Diese beiden Kritikpunkte hätten dann — wie zu erfahren war — zu der Nichtgenehmigung der druckfertigen Broschüre geführt. Die grundsätzliche Zustimmung zu dem Druck ein-

gestellt, das fertige Manuskript noch einmal vorgelegt zu bekommen.

Mit der Broschüre wollte sich die DGB-Jugendabteilung nach eigener Darstellung vor allem an die Jugendlichen wenden, die Krieg und Nachkriegszeit aus eigener Anschauung nicht kennen. Wörtlich heißt es in dem Vorwort der geplanten Broschüre: »Wir wissen, daß viel zuwenige Jugendliche die Hintergründe des Faschismus, des Krieges kennen, zuwenig über die Drahtzieher, die dies finanziell unterstützten, zuwenig über den Widerstand gegen den Faschismus wissen.« Noch weniger aber wußten Jugendliche, die heute 16 bis 20 Jahre alt seien, über die Zeit nach 1945. »Man muß jedoch die Entwicklung in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, in der Arbeiterbewegung weit zurückverfolgen, will man das Heute begreifen und das Ziel für morgen nicht aus den Augen verlieren.« Um dies zu erreichen, seien jüngere

Welche Gewerkschaften will Strauß?

»Zum Kernstück der sozialen Marktwirtschaft gehört die Gewerkschaftsfreiheit« erklärte der Kanzlerkandidat der Unionsparteien, Franz Josef Strauß,.... die Unionsparteien »sagen ja zu den Gewerkschaften, auch zum DGB, aber sagen nein zum Klassenkampf wie in einem Gewerkschafts- oder auch Unternehmerstaat«.

Ist der Weg Vettters auch unser Weg?

Arbeitgeberpräsident Esser: »Nur der Geduldige ist stark — und Herr Vetter und ich wollen beide stark sein.«

»Der Wille zur Verständigung ist auf beiden Seiten vorhanden«, sagte DGB-Chef Vetter am Ende. »Wir haben einen guten Anfang gemacht, das ist eine gute Ausgangslage für die weitere Entwicklung.«

aus: DIE WELT

Gegen die Rechtsentwicklung dürfen Gewerkschafter nicht »neutral« bleiben

Die politischen Angriffe der CDU/CSU auf die Gewerkschaften sind der Versuch, sie zu »neutralem« politischen Verhalten ihnen gegenüber zu zwingen, wenn der Abbau der Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung schärfere Maßnahmen erfordert. Die Rücksichtslosigkeit, die vor allem die parlamentarischen Konkurrenten von Strauß an ihm auszusetzen haben, ist gerade die Eigenschaft, die ihn in den Augen von bürgerlich und kleinbürgerlich denkenden Menschen für wie geschaffen erscheinen lassen, um die Verfallserscheinungen in der Gesellschaft zu beseitigen — aber eben nicht die Ursachen.

Vetter und andere führende Gewerkschafter haben bereits erklärt, daß sie auch einem Kanzler Strauß die Zusammenarbeit nicht verweigern würden. Teile der Arbeiterschaft haben in den Bewegungen für die 35-Stunden-Woche und gegen Betriebsschließungen bei der Lösung der Probleme, die das kapitalistische System geschaffen hat, die ersten Schritte gemacht und damit den politischen Kampf aufgenommen, weil sie begonnen haben, in den Ablauf dieses Systems einzugreifen. Sie haben dabei erfahren, daß sie von den Gewerkschaftsführungen abgeblockt worden sind. Gerade der Teil, der sich von dem sozialpartnerschaftlichen Denken löst, wird von unseren Gewerkschaftsführern mehr gehaßt und bekämpft, als die Gegner der Arbeiterklasse selbst. Während sie sich um die Zusammenarbeit mit den Unternehmerbossen bemühen, bleiben aufrechte klassenbewußte Arbeiter aus den Gewerkschaften ausgeschlossen oder werden mit dem Ausschluß bedroht. Es stört ihr Einvernehmen auf »Spitzenebene« auch nicht, daß die Unternehmer in den Betrieben die gewerkschaftliche Arbeit mehr und mehr behindern. Damit haben sie den ersten Schritt zur Kapitulation vor den Angriffen von rechts gemacht.

Auf diesem Wege dürfen und können ihnen verantwortungsbewußte Gewerkschaftsmitglieder nicht folgen. Wir müssen die Gewerkschaften zwingen, daß sie sich am Kampf gegen eine Rechtsregierung in der BRD unter Strauß beteiligen. Der Aufruf zu einem bestimmten Kreuz auf dem Wahlzettel reicht dabei nicht aus. Das wird die erste Nagelprobe sein für einen wirklichen Kampf gegen Rüstung, Kriegsgefahr und reaktionäre Lösung von kapitalistischen Widersprüchen. Ein Zusammenschluß von Arbeitern und Angestellten muß bestrebt sein, alle parteipolitischen Unterschiede im Interesse des gemeinsamen Kampfes zurückzustellen.

Wir bitten um einen Unkostenbeitrag von 10 Pfennig.

Sonderdruck der

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Günter Kuhlmann, Postfach 103845, 28 Bremen,
Konten: Sparkasse in Bremen Nr. 1146 1423
und Postscheckkonto Hamburg 3579 94-205.

INFORMATIONSBRIEFE DER
GRUPPE ARBEITERPOLITIK

... gegen die, die den Kampf gegen Kriegsgefahr führen wollen.